

Zeitschrift: Badener Neujaarsblätter
Herausgeber: Literarische Gesellschaft Baden; Vereinigung für Heimatkunde des Bezirks Baden
Band: 62 (1987)

Artikel: 25 Jahre aargauische Kantonsschule Baden 1961-1986
Autor: Schaufelberger, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-324296>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

25 JAHRE AARGAUISCHE KANTONSSCHULE BADEN

1961–1986

Ein Vierteljahrhundert stellt im Leben einer Schule keinen epochalen Einschnitt dar; ein Rückblick in diesem Zeithorizont stösst daher auf die Schwierigkeit, markante Orientierungspunkte zu finden. Der Einwand träfe auch diesen Bericht, wenn er die Badener Kantonsschule aus der allgemeinen Entwicklung herauslösen wollte. Nun sind aber gerade die sechziger und siebziger Jahre ein Zeitraum grösserer bildungspolitischer Dichte, in dem sich im Mittelschulwesen unseres Landes und dem unserer Nachbarländer Umwälzungen vollzogen haben, die man früher in Generationen gerechnet hätte. Die Entwicklung der Badener Schule in diesem Rahmen zu sehen mag Interesse beanspruchen.

Die zweite Kantonsschule

Zu den veränderten Rahmenbedingungen gehört, dass die Gründung der zweiten Kantonsschule – im Gegensatz zu der ersten in Aarau – nicht einer kulturpolitischen Zielsetzung entsprungen ist. Gerade deren Überwindung hat sie erst ermöglicht: die Überwindung eines Bildungszentralismus einerseits, der sich von der *einen* Schule des Kantons eine integrierende Wirkung auf seine historisch wenig verknüpften Teile versprach und daher die zugesicherte Einrichtung eines zweiten Gymnasiums – eines katholischen – solange verzögerte, bis dessen Gestalt als staatliche Einrichtung obsolet geworden war.

Die Errichtung der zweiten Kantonsschule vor 25 Jahren entspringt vielmehr praktischen Überlegungen. Ihr Auslösemoment ist das Bevölkerungswachstum. Die steigenden Schülerzahlen, die sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auch auf der Mittelschulstufe im ganzen Lande bemerkbar machten, mussten am Ende die Aufnahmekapazität der hauptstädtischen Bildungsanstalt sprengen. Das legte – namentlich in Kantonen ohne dominierende Bevölkerungsschwerpunkte – eine Lösung nahe, die als Dezentralisation der

Mittelschulen allgemein die Bildungspolitik zu bestimmen begann. Diesen Wandel rechtzeitig erkannt und im Kanton durchgesetzt zu haben bleibt das überregionale Verdienst der Initianten der Badener Kantonsschule.

Dem Vorherrschen des Pragmatischen ist indessen auch zuzuschreiben, dass die zweite Schule in ihrer inneren Struktur als ein genaues Abbild der ersten gedacht war. Das Ziel, ein *anderes* Gymnasium zu schaffen, lag nicht in der Absicht der Gründer. Es blieb also bei der auch im Kantonsschulgesetz vorgesehenen Verbindung von zwei Gymnasialabteilungen mit einer Handelsdiplomabteilung; Fächer, Stundentafeln, Stoffpläne waren dem Aarauer Jahresbericht zu entnehmen. Die Planung begnügte sich damit, das Quantitative festzuschreiben: die Zweizügigkeit der Literar- (Typus A/B) und die Einzügigkeit der Real- (Typus C) und der Handelsabteilung. Das führte zu einem Raumprogramm für 15 bis 19 Klassen mit insgesamt 300 bis 350 Schülern. Das schien am 1. Mai 1961, als 51 Schüler mit ihren Lehrern ihre Tätigkeit aufnahmen, ein weiter Rahmen. In Tat und Wahrheit erwies er sich schon in den Aufbaujahren als zu vorsichtig angesetzt.

Jahre des Aufbaus 1961–1967

Bei manchen Beteiligten haben die Aufbaujahre einen besonderen Glanz bewahrt. Das mag am Geist des Anfänglichen liegen, aus dem so vieles werden konnte, weil noch so wenig festgefahren war: kaum Reglemente, keine Präzedenzfälle, nicht einmal vom Alter geheiligte Traditionen. Am offenen Entscheidungsspielraum entzündete sich die Bereitschaft zur Mitarbeit, in der sich Schüler, Lehrer und Behörden – namentlich die Mitglieder der damaligen Inspektorenkonferenz – fanden. Voraussetzung dafür war die Kleinheit des Ganzen, seine Überblickbarkeit, die das Verwalterische entbehrlich machte, weil alles Wesentliche der unmittelbaren Einwirkung zugänglich blieb. Erst vom sechsten Schuljahr an benötigte das Sekretariat eine ganze Arbeitskraft.

Natürlich erwuchsen daraus auch grössere Ansprüche an die einzelnen; man war von allen Seiten wahrnehmbar, stand für die Schule und hatte also für sie einzustehen. Das entsprach einem Selbstverständnis, das die kleine Schar, die sich 1961 ein erstes Mal dem Jugendfestzug anschloss, auch gleich als Erkennungszeichen ihr Fähnlein mitbringen liess mit dem Klösterliturm darauf. Und Fahnen wurden wieder gezeigt, als die Schule 1968 mit der eidgenössischen Anerkennung ihrer Zeugnisse in die Mündigkeit entlassen wurde. Das war der in solchen Dingen eher zugeknöpften Schulleitung immerhin einen schulfreien Tag wert; er fiel auf den ersten April.

Inzwischen wuchs, während uns die Stadt im Klösterli an der Mellingerstrasse Unterkunft bot, auf den Spitaläckern der Neubau heran. Auch da war, obwohl im Wettbewerb die Grundzüge entschieden waren, in einzelner noch man-

ches offen und umstritten, was für das Atmosphärische Bedeutung hatte, von der Offenheit der brüstungslosen Fensterfronten bis zu der angeblichen Kälte der unverputzten Backsteinwände. Das wurde in freimütiger Aussprache zwischen Kantonsbaumeister, Architekt und Lehrerschaft ausgehandelt und bewahrte so die Konsequenz des Konzepts, das seine Herkunft aus der Bauhaus-Welt nicht zu verleugnen brauchte, und war zugleich in seiner Durchsichtigkeit, Helle und Weite vereinbar mit dem Geist einer Schule aus den sechziger Jahren, die auch im Aussehen ihre Ähnlichkeit mit industriellen Produktionsstätten nicht verstecken wollte. Sie hätte sich damals nicht dagegen gewehrt, Arbeit und Leistung als Kernstücke materieller wie geistiger Hervorbringung in das Verzeichnis ihrer Zielvorstellungen aufzunehmen.

Dies zwar nicht in einem ausschliessenden Sinn. Aber das Laboratorium liess sich ja so zwanglos in einen Musentempel verwandeln, wenn etwa 1964 das Kunsthaus Aarau eine Wanderausstellung von Amiet bis Louis Soutter in die Aula brachte oder im Jahr darauf Günter Grass seine Tulla Pokriefke ihren Quallenpudding servieren liess. Das regte die Produktivität der Schüler an, namentlich im Theatralischen, das sich aus improvisierten Anfängen in Skilagern und an Schulfesten bis zu den grossen Einstudierungen bei der Einweihung und zum Schulfest der Pro Argovia entfaltete. Bei solchen Anlässen kam auch das Orchester zu repräsentativen Aufgaben, das rein aus der Initiative von Schülern herausgewachsen war und mit seinem ansteckenden Schwung wettmachte, was ihm an Professionalität abgehen mochte. Fasnacht und Badenfahrt liefen nebenher. Nicht vergessen sei die gute Nachbarschaft zur Aarauer Schule, die sich nicht nur im Geschenk der Uselütete-Glocke, sondern auch in den Zusammenkünften am Heimattag niederschlug, wo geheime Rivalitäten sich im Wettkampf Luft machen konnten, bis das Wachstum beider Schulen dem leider eine Ende setzte.

Erschliessung von Begabungsreserven 1968–1977

Im Augenblick ihrer Anerkennung war die Schule von 282 Schülern in 19 Klassen besucht. Das lag noch an der Obergrenze des ursprünglichen Planes. Inzwischen hatte sich der Anteil der Schüler, die sich für den Besuch einer Mittelschule entschieden, spürbar erhöht; die gymnasialen Züge hatten sich von drei auf vier vermehrt. Das legte dem Konvent der Lehrer schon 1965 nahe, die Behörden ein erstes Mal auf die früher oder später unumgängliche Erweiterung der ursprünglichen Anlage aufmerksam zu machen.

Dahinter stand eine Entwicklung, die die westlichen Industrienationen in ihrer Gesamtheit erfasst hatte: der mit anlaufender Hochkonjunktur immer lauter ertönende Ruf nach einer Mobilisierung unausgeschöpfter Begabungs-

reserven. Er war vom Schweizerischen Delegierten für Arbeitsbeschaffung erhoben worden; der Sputnik-Schock gab ihm ein lautes Echo im Politischen.

Der deklarierte Sachzwang zeigte erstaunlich schnell Wirkung. Schon 1965 versuchten die kantonalen Behörden, die Erhöhung der Studentenquote auch dadurch zu fördern, dass sie den Zugang zu den Maturitätsschulen vereinfachten: An die Stelle der risikobehafteten Aufnahmeprüfung trat die Leistungsbeurteilung durch die Bezirksschule. Eine psychologische Barriere war gefallen; in dem Jahrzehnt nach 1968 verdoppelte sich die Zahl der Neueintretenden Schüler; gleichzeitig erhöhte sich deren Gesamtzahl in Baden von etwa 300 auf rund 700. Damit war der Rahmen der Schule, ohne dass sich ihr Aufbau verändert hätte, früher als angenommen gesprengt.

Das Wachstum brachte aber nicht nur, der steigenden Geburtenrate entsprechend, mehr, sondern vor allem auch andere Schüler, was die Bildungspolitik der sechziger Jahre ja auch anstrebte. Dahin gehört zunächst der zwar nicht spektakuläre, aber anhaltende, über dem Wachstumsmittel liegende Anstieg des Schülerinnenanteils. Er meldete sich in den Gesamtzahlen weniger deutlich als in dem veränderten Unterrichtsklima einzelner Abteilungen, so etwa am Literargymnasium, wo die Mädchen zu den Jungen zunächst aufschlossen, sie in den letzten Jahren sogar deutlich überrundeten. Ausserdem ging der Trend von der Stadt aufs Land, wie sich aus der Wohnortsstatistik ablesen lässt: Kamen 1965 noch knapp die Hälfte aller Gymnasiasten aus Baden, waren es zehn Jahre später noch gut ein Achtel. Darin spiegelt sich die Wirkung der Dezentralisation, aber wohl auch eine Veränderung des sozialen Herkommens, zu dessen genauerer Erfassung jedoch die Zahlen fehlen.

Solche Veränderungen in der Zusammensetzung der Schülerschaft berühren die Gestalt der Schule ganz unmittelbar. Sie äussern sich beispielsweise in einer Gewichtsverschiebung unter den Abteilungen. Die Planung war von einem Gymnasium ausgegangen, dessen Gepräge von den Lateinklassen bestimmt war; der mathematisch-naturwissenschaftliche Zweig, in seiner Geltung zwar unbestritten, war – schon durch seine eingeschränkte Studienberechtigung – auf den zweiten Platz verwiesen. Die Ausweitung der Schülerzahlen stellte diesen Plan auf den Kopf. Sie machte sich zwar auch in der Literarabteilung geltend, deren Züge von zwei auf drei, vorübergehend auf vier Parallelen anstiegen; sie kam aber in erster Linie der Realabteilung zugute, die bis 1977 ihren Bestand verdreifachte und damit zum ersten Male die Literarabteilung übertraf. Seither hat sich das Übergewicht der lateinlosen Züge im Gymnasium und im Schulganzen noch verstärkt.

Man geht wohl kaum fehl, wenn man diese Entwicklung zu einem grossen Teil der im Sozialen ausgeweiteten Rekrutierungsbasis der Kantonsschüler zuschreibt. Bevölkerungsschichten, in denen Mittelschulbesuch und Studium

nicht Tradition sind, – und wo sonst wollte man denn mobilisierbare Begabungsreserven vermuten – bevorzugen erfahrungsgemäss unter den Mittelschultypen diejenigen, die in ihrem Fächerangebot den Bezug auf die Berufswelt und damit ihr Ausbildungsziel deutlicher in den Vordergrund rücken. Seine rechtliche Sanktion bekam dieser Prozess, als 1968 die neue Maturitätsverordnung die verschiedenen Maturitätstypen in ihrer Studienberechtigung – man darf sagen: endlich – einander gleichstellte.

Die Verflüchtigung der Tradition, die in dem geschilderten Prozess enthalten ist, macht sich aber noch auf eine andere Weise in der Schule geltend. Die Welt der Schule wird für ihre Absolventen weniger selbstverständlich; sie büsst, weil vom Elternhaus oft nicht mehr geteilt, vom gesellschaftlichen Konsens immer weniger getragen, an Vertrautheit und Autorität ein. Als Protestbewegung der Studenten hat dieser Vorgang Geschichte gemacht; er hat auch die Badener Schule nicht unberührt gelassen. Als dieser Vorgang gegen Ende der sechziger Jahre spürbar wurde, galt die erste Sorge dem Bemühen, Meinungsverschiedenheiten nicht ins Kontestatorische ausufern zu lassen, sondern eine auf beiden Seiten bestehende Gesprächsbereitschaft zu bewahren und auszubauen. Zu diesem Zweck wurde 1969, also noch vor der Kodifizierung des Mitspracherechts der Schüler im Reglement für die Kantonsschulen, im gegenseitigen Einvernehmen ein Schülerparlament aus den Vertretern aller Klassen eingerichtet, das die Meinung der Schülerschaft ohne Eingrenzung der Gegenstände zu formulieren und zu vertreten berechtigt war. Die Form der Meinungsbildung hat sich später vom Repräsentativen der Klassenvertretung ins Direkte der Schüler-Vollversammlung ausgeweitet, was die Inhalte wenig verändert hat. Massgebender als Statuten und Reglemente waren Engagement und Initiative. Ihnen war gerade anfänglich überraschender Erfolg beschieden, so etwa die Einführung des Russischunterrichts, die zwei Jahre zuvor einem grossrätlichen Motionär und dem Lehrerkonvent verweigert worden war. Im ganzen ist jedoch das Resultat der mehrheitlich gewerkschaftlichen Vorstösse nicht überwältigend: hier die Unterschriftsberechtigung bei Versäumnissen, dort der freie Samstag vor den Skilagern, eine paritätische Kommission bei Beschwerden in Disziplinarfällen. Vielfältig und erfreulich sind dagegen die Anregungen, die zu einer Bereicherung des Schullebens geführt haben: die Einrichtung von Arbeitslagern, Bildung von Theatergruppen, Durchführung von Ausstellungen, sozialen und politischen Aktionen, schliesslich die Ausgestaltung der Schulbauten. Und dann ist nicht zu unterschätzen, dass die Existenz einer verfassten Schülerschaft die Zahl der wirklich unerfreulichen Vorfälle hat beschränken helfen, in denen das absichtlich unterlaufene Gespräch dann doch noch die pure Provokation ermöglichte, auf die man es abgesehen hatte. Das ist nun wohl ausgestanden, weil

der Konflikt sich entschärft hat, beide Seiten einander entgegengekommen sind. Nicht wenige der 68er-Rebellen sind Lehrer geworden; das hat den Ton merklich verändert.

Es wäre ja auch ein böser Irrtum, vorauszusetzen, dass die Unruhe nur die Schüler erfasst hätte. Kein Zufall, dass von den Reden der Lehrer an den Entlassungsfeiern der Jahre 1968 und 1969 drei sich zu Fragen der Umgestaltung der Schule äussern. Das Problem liegt also nicht in der vermeintlichen Unantastbarkeit ihrer inneren Gestalt, sondern in der Unfähigkeit pluralistischer Gesellschaften, Verbindlichkeit herzustellen. Sie lässt sich nicht mehr herstellen durch die Aufsplitterung in immer neue Typen, die ihr Rechtfertigungsfundament in Begabungstypen schon längst hinter sich gelassen haben; ebenso wenig durch die schlechte Allgemeinheit einer unablässigen Vermehrung der Fächer und der Stoffe, die zu einem menschlich nicht mehr zu bewältigenden, unzentrierten Nebeneinander führt. Zusammenhang, Ganzheit lassen sich nicht länger von einem Schulsystem erwarten, dessen Einheit bloss organisatorischer Natur ist; sie sind nur noch als personale Entscheidungen zu verwirklichen. Dass solche Entscheidungen in einem den Überlieferungszusammenhang wahrenden Rahmen unerlässlich und möglich sind, das müsste eine Schule erfahrbar machen: durch den Einbezug von Entscheidungs- und Wahlmöglichkeiten in den obligatorischen Unterricht.

Ansätze dazu sind als Reformen der gymnasialen Oberstufe bekannt geworden; einem von ihnen, der Einrichtung von Wahlfachkursen in den beiden oberen Klassen des Gymnasiums, hat sich die Badener Schule zu Beginn der siebziger Jahre angeschlossen. Das bedingte Stoff- und Stundenreduktionen in herkömmlichen Fächern, um Raum zu schaffen für thematisch nicht an die Stoffprogramme gebundene Unterrichtsangebote, aus denen die Schüler sollten wählen können, was ihrer persönlichen Zielsetzung entspricht. Zudem waren die Arbeitsformen der Kurse weniger schul- als vielmehr studienmässig gedacht, setzten also eine erweiterte Selbsttätigkeit voraus. Das Ganze war von vornherein nicht als letztes Wort in dieser Sache gemeint, eher als ein Schritt ins Offene, auf das Ziel nicht der Veränderung, sondern der Veränderbarkeit hin.

Auf dem Weg zur grössten Mittelschule des Kantons 1978–1986

Veränderungen unter dem Diktat dessen, was die Politik Sachzwänge nennt, wurden unterdessen auf anderen Feldern für die Schule bestimmend: so bei der Erweiterung der Schulbauten. Zwischen dem Antrag der Schule, die Planung des Ausbaus an die Hand zu nehmen, verflossen bis zur Übernahme der neuen Anlagen nahezu zwölf Jahre; in diesem Zeitpunkt zählte die Schule 704 Schüler in 34 Klassen. Das ursprüngliche Raumprogramm von 1966, das mit

550 bis 600 Schülern in 27 bis 30 Klassen rechnete, war in der Zwischenzeit unter die Räder gekommen, mit ihm leider auch seine von Schule und Inspektorenkonferenz unterbreitete, in den entscheidenden Gremien aber nie ausdiskutierte Voraussetzung: die Annahme einer optimalen Schulgrösse, die aus pädagogischen Rücksichten nicht überschritten werden sollte. Die nie angetretene Diskussion hat Baden zwar die grösste Mittelschule des Kantons beschert, zugleich aber auch die Frage, ob dieses Resultat überhaupt wünschenswert ist. Inzwischen hält sich nämlich die Schülerzahl seit fünf Jahren auf einem Plafond von etwa 1100, die Zahl der Klassen hat 52 erreicht. Dass dieser Umfang als übergross empfunden wird, geht aus Vorschlägen der Schule hervor, ihn durch die Abtretung von Klassenzügen zu vermindern. Jedenfalls bleibt das Problem gestellt, der Schule eine überschaubare Grösse oder wenigstens Gliederung zu geben; denn die Hoffnung auf eine Umkehr des Sachzwangs, das leichte Absinken der Neueintritte seit 1986, verheisst, weil es dem Rückgang der entsprechenden Geburtenraten nur zögernd folgt, nicht mehr als eine Atempause.

Der neuerliche Wachstumssprung hat eine eindeutige Ursache: die Angliederung der Wirtschaftsabteilung (Typus E) an das Gymnasium im Jahre 1978. Sie geht auf den verständlichen Wunsch zurück, in den beiden Kantonsschulen Baden und Wettingen alle fünf Typen der eidgenössischen Maturitätsverordnung zu führen. Die Entwicklung der neuen Abteilung erweist ihre Daseinsberechtigung; sie ist, inzwischen ebenfalls eidgenössisch anerkannt, zur grössten Abteilung der Kantonsschule herangewachsen, möglicherweise auf Kosten der Realabteilung, die in den letzten Jahren beträchtlicher geschrumpft ist als die relativ konstante Literarabteilung.

Wenn etwas unter den Veränderungen der Schule in den 25 Jahren ihres Bestehens den Anspruch erheben darf, einen Einschnitt von epochaler Bedeutung zu repräsentieren, dann ist es diese Schwergewichtsverlagerung vom Lateingymnasium auf die lateinlosen Klassen. Die Literarabteilung hat ihren prägenden Rang und ihre privilegierte Stellung eingebüsst; mit 12 von 43 Gymnasialklassen ist sie eine Abteilung unter anderen geworden, der nun auch von der Zahl her kein besonderes Gewicht mehr zukommt. Nach wie vor steht sie persönlicher Wahl offen, aber sie hat keine gesellschaftliche Hochschätzung mehr hinter sich. Der Wandel der Sozialstruktur hat sich in einer veränderten Auffassung von Bildung niedergeschlagen. Und weil dieser Prozess sich so widerstandslos und nahezu unbemerkt vollzieht, besteht die Gefahr, dass der falsche Monopolanspruch eines traditionalistischen Bildungsbegriffs ersetzt wird durch den ebenso falschen Radikalismus eines modernistischen: den Allgemeingültigkeitsanspruch eines nur noch operationellen, instrumentellen Denkens, das für Verstehen und Einsicht wenig mehr

übrig hat, weil es auf Verfügen und Beherrschen aus ist, auf Anwendbarkeit in den pragmatischen Forderungen des Tages. Eine Schule, die sich als Regelkreis versteht, müsste da Gegensteuer geben.

Auf welche Weise? Gewiss nicht durch Einigeln. Die Mehrtypenschule hat, weil sie Abkapselung und Kastengeist entgegenwirkt, ihre unbestrittenen Vorteile; diskutieren müsste man allenfalls über die Wünschbarkeit der bisherigen, oft zufallsbedingten Mischungsverhältnisse. Gewiss auch nicht durch Widerstand gegen neue Unterrichtsgegenstände, die der Wind operationalen Denkens an die Küste der Schule getrieben hat; so ist Informatik schon vor Jahren in die Stoff- und Stundenpläne der lateinlosen Abteilungen aufgenommen worden. Gegensteuer also eher durch Öffnung, durch Liberalität und Toleranz. Etwas davon steckt in dem neuen Lehrplan der Handelsdiplomabteilung von 1985: in der Verminderung der zählenden Noten, der wöchentlichen Pflichtstundenzahl und der Einführung von Wahlfächern in der obersten Klasse, mit einem Wort in der Einfügung einer Entscheidungszone, die dem Schüler Optionen auftut. Vergleichbares war für die Wirtschaftsabteilung des Gymnasiums vorgesehen. Der Plan ist leider vorerst suspendiert; er hat zuerst die Vorfahrt kantonaler Koordinationszüge abzuwarten, deren Fahrplan noch nicht festliegt.

Das führt auf einen wunden Punkt: auf die eingeeengte Bewegungsfreiheit der Schule. Das Prinzip der Verwaltungseinheit in Ehren; aber seine Anwendung auf Lehrpläne von Kantonsschulen ruft fatalerweise die Erinnerung an den ästhetischen Sündenfall beim Badener Erweiterungsbau wach, zu dem das innerkantonale Koordinationsstreben verführt hat. Genügt nicht das bemerkenswert weitmaschige eidgenössische Richtlinienetz, von dem in erster Linie der Geltungsbereich kantonaler Studienausschüsse abhängt, um das nötige Mass an Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit der Studiengänge zu gewährleisten? Was spricht eigentlich gegen eine «Dezentralisierung» der Lehrpläne – ausser Bildungscentralismus für den Teufel und die Statistik? Diese Bemerkungen verfolgen den Zweck, einem Unternehmen der Schule auf dem Weg zu grösserer Offenheit Steine aus dem Weg zu räumen. Am 28. und 29. Januar 1986 sind Lehrer und Schüler zusammengekommen, um, einer Anregung der Erziehungsdirektorenkonferenz folgend, sich in mehr als 150 Arbeitsgruppen über zehn Thesen der Kommission Gymnasium – Universität zur Neugestaltung der Maturitätsschulen auszusprechen. Es wäre voreilig, Ergebnisse dieser Arbeit hier vorwegzunehmen; immerhin zeichnen sich in den Bemerkungen zum Unterricht Anregungen ab, die sich mit Ansätzen in Reformen der Oberstufe berühren. Dieser Schritt zu einer Innenrenovation der Schule – der erste, an dem von Anfang an Schüler mitbeteiligt waren – sollte nicht, indem man ihn von vornherein der kalkulierten Nicht-Beachtung der Ver-

waltung gegen unerbetene Initiative von unten ausliefert, in seinem Schwung gebremst werden. Verdrossenheit und Passivität sind nämlich nicht Naturgegebenheiten.

Fritz Schaufelberger

